

Mehr Mitbestimmung, Abschaffung der Leiharbeit

Soziale Spaltung überwinden

DIE LINKE ist unter anderem aus dem Protest gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze entstanden. Ohne diesen Widerstand gegen die unsoziale Politik von SPD und Grünen wäre das politische Koordinatensystem nicht nach links verschoben worden. Nicht nur im Bund, auch in NRW gibt es nun das so genannte Fünf-Parteien-System, in dem DIE LINKE eine gewichtige Rolle spielt. Auch in unserem Bundesland haben Agenda 2010 und Hartz-Gesetze massiven Verwerfungen des Arbeitsmarktes Tür und Tor geöffnet, die soziale Spaltung des Landes vorangetrieben und zur Verarmung vieler Menschen beigetragen. Frauen und Kinder sind von dieser Entwicklung besonders stark betroffen, rund 453.000 Unter-15-Jährige in NRW leben in Hartz-IV-Haushalten – das sind 18 Prozent! Mittlerweile über 300.000 Menschen in NRW müssen trotz Arbeit Hartz IV beziehen, darunter ist fast jede/-r Fünfte voll erwerbstätig. Über 80 Prozent dieser Menschen wiederum sind weiblich. In den letzten zehn Jahren sind der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter von 71 auf 63 Prozent und der Bruttoreallohn um vier Prozent gesunken. Der US-amerikanische Multimilliardär Warren Buffet hat diese Entwicklung bereits 2005 passend zusammengefasst, als er sagte: „Es ist Klassenkampf, meine Klasse gewinnt, aber das sollte sie nicht!“

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich vom ersten Tag an vehement für bessere Arbeitsbedingungen, mehr soziale Sicherheit und höhere soziale Leistungen sowie für Gleichstellung ein. Dazu gehört unter anderem eine verstärkte Mitbestimmung der Beschäftigten. Das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) etwa ist unter der Regierung Rüttgers bis zur Unkenntlichkeit verschlechtert worden. Unsere Fraktion war die erste, die dieses Thema im neuen Landtag auf die Tagesordnung gesetzt und in enger Absprache mit Vertretern des DGB ein neues LPVG beantragt hat. Inzwischen ist von der Landesregierung auch ein Entwurf für eine Neuregelung der Mitbestimmung der

Beschäftigten im öffentlichen Dienst vorgelegt worden. Dieser Entwurf fällt aber in vielen Punkten hinter den Antrag der LINKEN und in einigen leider auch hinter den Zustand vor den massiven Verschlechterungen durch die schwarze gelbe Vorgängerregierung zurück. Der

Özlem Alev Demirel (links), wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE am 8. April 2011 auf der Fachtagung „Die Linke und die neuen Wohnungsfragen“ im Landtag NRW.



gemeinsame Druck durch die Gewerkschaften und DIE LINKE führte allerdings bereits von der ersten Vorstellung bis zu den Verhandlungen im Fachausschuss des Landtags zu zahlreichen Verbesserungen am Ursprungsentwurf. DIE LINKE wird dafür kämpfen, dass dieser Druck aufrecht erhalten bleibt.

Für bessere Arbeitsbedingungen hat sich DIE LINKE aber nicht nur im Bereich der Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst stark gemacht. Ein von uns vorgelegtes neues Tariftreue- und Vergabegesetz soll bei allen Aufträgen der öffentlichen Hand und bei allen eingekauften Waren soziale Mindeststandards garantieren. In anderen Bundesländern sind in der Vergangenheit Aufträge an Firmen vergeben worden, die so niedrige Löhne zahlen, dass die Beschäftigten ihren Lohn durch Hartz-IV-Leistungen aufstocken mussten. Eine solche Entwicklung ist widersinnig und sozialpolitisch fatal. Deshalb fordert DIE LINKE bei allen öffentlichen Aufträgen einen Mindestlohn in Höhe von zehn Euro, zumal die Niedriglohnschwelle in Deutschland derzeit bei einem Stundenlohn von 9,85 Euro liegt.

Selbst von einem derart niedrigen Lohn sind viele Leiharbeitnehmer in der Praxis aber weit entfernt. Aktuelle Forschungen belegen, dass sie besonders häufig trotz einer Vollzeitstelle noch beim Jobcenter Hartz IV beantragen müssen. Deshalb ist der Kampf gegen Leiharbeit einer der wichtigsten Schwerpunkte der Arbeit der Landtagsfraktion. Gegen die Leiharbeit sowohl am Uniklinikum Essen als auch am landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) hat DIE LINKE Anträge eingereicht und Anhörungen beantragt. So konnten Betroffene auch im Landtag darstellen, welche katastrophalen Folgen die Politik der vergangenen Jahre für ihre Situation hat. Am Uniklinikum Essen bewirkte der Druck, der in erster Linie durch die Beschäftigten, aber auch durch DIE LINKE aufgebaut wurde, das Ende der Leiharbeit. Beim BLB ist unser Antrag ein kleiner Schritt, um einen ähnlichen Erfolg zu erreichen.

Noch schlechter als die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter werden in den NRW-Ministerien die Praktikantinnen und Praktikanten bezahlt: Sie bekommen nämlich gar



„Gute Arbeit, Gute Löhne, Gute Rente“ – das ist auch eine Forderung der Fraktion DIE LINKE. Im Bild die Abgeordnete Dr. Carolin Butterwegge bei einer Aktion von ver.di Düsseldorf gegen die Rente mit 67.

nichts. Heraus kam das erst durch eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Damit reiht sich diese Landesregierung ein in eine unrühmliche Galerie von SPD-geführten Regierungen, die zwar in Sonntagsreden versprochen, etwas für die „Generation Praktikum“ unternehmen zu wollen, aber es letztlich nicht einmal fertig brachten, die Praktikantinnen und Praktikanten in den eigenen Ministerien zu bezahlen. Insbesondere für diejenigen, deren Interessen sonst nie gehört werden, ist DIE LINKE im Landtag aktiv. So ist es nicht zuletzt den Interventionen der Linksfraktion zu verdanken, dass langsam wieder eine erwähnenswerte Förderung der Erwerbslosenarbeit und -beratung stattfindet. Für Hartz-IV-Betroffene ist der tägliche Kampf um existenzielle Grundbedürfnisse wie Wohnen und Mobilität unglaublich aufreibend. Denn anstatt in der ohnehin schon schwierigen Situation wenigstens von solchen Sorgen befreit zu werden, werden diese Menschen durch das Verarmungssystem Hartz IV besonders stark belastet.

AUF EIN WORT

Bärbel Beuermann

Herne

Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Europa, Eine Welt,
Internationale Beziehungen, Verkehr



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... die Umbenennung des Fraktionsvorstandsraums in „Jupp-Angenfort-Raum“. Ich werde auch weiter für die Rehabilitation der Opfer des so genannten Kalten Krieges kämpfen. Zumal Angenfort, der 1951 als jüngster Abgeordneter für die Kommunistische Partei Deutschland (KPD) in den nordrhein-westfälischen Landtag einzog, sein ganzes Leben dem Kampf gegen Faschismus und Krieg widmete und beide Themen auch meine Herzensangelegenheit sind.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... ich im Verkehrsausschuss selbst gestandene CDU- und FDP-Kolleginnen und -Kollegen durch meine Fachkenntnis in Erstaunen versetzen oder in die Enge treiben kann. Es gelingt!

Links wirkt, weil ...

... wir auch im Landtag mit Selbstbewusstsein und Professionalität zu Werke gehen können.

DIE LINKE kämpft für ein landesweites Sozialticket und hat dieses zu ihrer zentralen Forderung gemacht, weil jeder Mensch in NRW ein Recht auf Mobilität hat, was insbesondere Hartz-IV-Betroffenen derzeit aber vorenthalten wird. Denn für „Fremde Verkehrsdienstleistungen“ sieht der Hartz-IV-Regelsatz lediglich 11,49 Euro monatlich vor, während die billigsten Monatstickets in vielen Kommunen mindestens das Dreifache kosten. Auch menschenwürdiges Wohnen ist für Hartz-IV-Beziehende keineswegs gesichert. Bislange gibt es „Höchstgrenzen“ für „angemessenen Wohnraum“. Aus Sicht der LINKEN sollten aber nicht Höchst-, sondern Mindestgrenzen definiert werden. Auf keinen Fall sollten die ohnehin schon klammen Kommunen darüber entscheiden dürfen, wie „angemessener Wohnraum“ aussieht, da andernfalls eine Auslegung der Bestimmung nach Kassenlage erfolgen könnte. Aber nicht nur bei den Leistungen für Hartz-IV-Betroffene zeigt sich, wie dramatisch die Situation von armen Menschen in armen Kommunen ist. Ob bei der Kultur oder beim Sport, nirgendwo können die Kommunen in NRW ihren Bürgerinnen und Bürgern notwendige Leistungen anbieten, weil sie in den letzten Jahren von Bund und Land mit immer mehr Aufgaben betraut worden sind – ohne dass die dafür not-

**AUF EIN
WORT**

Wolfgang Zimmermann

Düsseldorf

Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Arbeit, Gesundheit



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... meine Rede auf der Kundgebung der Gewerkschaften vor dem Landtag unter dem Motto „Politikwechsel jetzt umsetzen“ am 16. Juli 2010.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... SPD und Grüne sich so schwer tun, Anträgen von uns zuzustimmen, obwohl diese ihre eigenen im Wahlprogramm erhobenen Forderungen enthalten.

Links wirkt, weil ...

... wir auch nach der Wahl noch für *Original Sozial* stehen. Das weiß die Minderheitsregierung und übernimmt häufig vorab schon unsere Positionen, um sich Abstimmungsniederlagen zu ersparen.

wendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt worden sind. Heute können nur noch acht von 367 Kommunen in NRW ihren Haushalt strukturell ausgleichen. Um ihnen endlich wieder Luft zum Atmen zu verschaffen, hat DIE LINKE einen Rettungsschirm für die Kommunen beantragt. So wie es einen Rettungsschirm für die Banken gab, sollen unserer Auffassung nach auch sie Hilfe die absichert, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern eine angemessene Infrastruktur und soziale Dienstleistungen zur Verfügung stellen können. Dazu gehören Schwimmbäder und Bibliotheken genauso wie Theater und Jugendzentren.

Auch haben wir Anträge zur Rücknahme der Kürzungen in der sozialen Wohnraumförderung in die Haushaltsberatungen eingebracht. Noch in der Opposition hatten SPD und Grüne eine Mindestfördergarantie von einer Milliarde Euro für die Wohnraumförderung gefordert, kaum in der Regierung angekommen aber das Fördervolumen auf knapp 800 Millionen Euro reduziert. Aber nur durch sozialen Wohnungsbau und oder durch starke öffentliche Wohnungsunternehmen können Mieten eingedämmt, energetische Sanierung vorangetrieben und die Interessen der Mieter/-innen geschützt werden. Unter anderem deshalb lehnen wir auch den Verkauf beziehungsweise Börsengang von rund 130.000 Evonik/THS Wohnungen ab und haben in einem Antrag Hannelore Kraft aufgefordert, ihren Einfluss als Ministerpräsidentin geltend zu machen, um dies zu verhindern. Der Antrag wurde von allen anderen vier Fraktionen abgelehnt.

All diese Ziele verfolgt die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW aber nicht allein. In jeder Frage versucht sie, sich mit möglichst vielen Initiativen und Organisationen der Betroffenen abzusprechen, beispielsweise mit Frauen- und Migrantinnen/-innen-Selbstorganisationen. Nur so kann es ein Zusammenspiel des parlamentarischen und außerparlamentarischen Handelns geben, durch das linke Forderungen auch umgesetzt werden können.



„Anständige Bezahlung!“ forderten im März 2011 Hebammen während zahlreiche Aktionen wie vor dem Rathaus in Düsseldorf. Am Megaphon: Fraktionsvorsitzende Bärbel Beuermann.